

Sozialpolitik



Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 29 • 36. Jahrgang

Berlin, den 19. Juli 1930

Der Internationale Gewerkschafts- kongress in Stockholm

Das internationale Parlament der Arbeit in Stockholm gab der Welt den Beweis, daß die Gewerkschaftsbewegung eine organisatorische Großmacht ersten Ranges ist. Der Kongress tagte in einem schönen Lande mit starker Arbeiterbewegung. Was die Schweden aufgeboren haben, um den Delegierten der Gewerkschaften aus allen Erdteilen die Tagung so angenehm wie möglich zu machen, das wird nicht so leicht überboten werden können. Der Kongress wurde mit einem hervorragenden Begrüßungskonzert eröffnet. Wenn der Vorsitzende des schwedischen Gewerkschaftsbundes in seiner Begrüßungsrede die Gewerkschaftsbewegung die gewaltigste Massenbewegung nannte, die die Geschichte kennt, so geben die Schweden ein Beispiel, mit welchen Mitteln dies zu erreichen ist und welche Rolle die Gewerkschaftsbewegung im Leben eines Landes zu spielen vermag. So war denn der Kongress gut aufgehoben und der äußere Rahmen würdevoll und für die Teilnehmer unvergesslich.

Der Kongress selbst bot naturgemäß ein buntes Bild. Alle angeschlossenen Landeszentralen und die Berufssekretariate waren vertreten. Daneben hatten nichtangeschlossene Länder wie Ägypten, Australien, Britisch-Indien, Japan, Kuba, Neuseeland usw. Vertreter entsandt. Es waren somit alle fünf Erdteile vertreten. Außerdem waren Abgelandte befreundeter Organisationen erschienen. Die Leitung des Kongresses wurde vom Vorstand des IGB. ausgeübt. Da der Vorsitzende des Bundes, Citrine (England), wegen Krankheit am Erscheinen verhindert war, und unser Kollege Leipzig aus dem gleichen Grunde fehlte, wurde der Kongress von Jouhaux (Frankreich) geleitet. Die deutsche Delegation wies infolgedessen eine andere Besetzung auf, weil eine Reihe Gewerkschaftsführer infolge ihrer Eigenschaft als Reichstagsabgeordnete an dem Kongress nicht teilnehmen konnten. Dadurch fehlten einflussreiche Persönlichkeiten. Von unserem Verband war unser Vorsitzender Pucher anwesend. Ein Mangel war es, daß Deutschland mit der größten Mitgliederzahl in der Leitung des Kongresses nicht vertreten war.

Die Eröffnung des Kongresses erfolgte durch den Vorsitzenden Jouhaux. Er gedachte der zehnjährigen Geschichte des IGB. in der heutigen Gestalt. Im Vordergrund der Entwicklung der Nachkriegszeit stehen Fragen wirtschaftlicher Natur. Ein internationaler Wirtschaftsfriede im Rahmen politischer Einheit muß angestrebt werden. Somit wird es sich um drei Dinge drehen: Wirtschaft, Sozialpolitik und Völkerverständigung. Der Vorsitzende des schwedischen Gewerkschaftsbundes, Johanson, begrüßte den Kongress auf das herzlichste. Einen breiten Raum der Verhandlungen nahmen die Begrüßungsreden der Gäste in Anspruch. Als erster sprach der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Genosse Albert Thomas. Das Verhältnis zwischen I.A.A. und IGB. sei von Kongress zu Kongress unigener und besser geworden. Als Vertreter der Sozialistischen Arbeiterinternationale begrüßte Friedrich Adler den Kongress. Für die Internationale Sozialistische Arbeiterjugend sprach O'Leary (Berlin) und für die Arbeiter-Sportinternationale Deutsch (Wien). Es folgten Begrüßungsansprachen der Gäste aus Ägypten, Palästina, Japan, Neuseeland usw. Die Reden der Gewerkschaftsvertreter aus verschiedenen Ländern ließen deutlich die verschiedenartigen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Verhältnisse in den einzelnen Erdteilen hervortreten.

Der vorliegende schriftliche Bericht ermöglichte es dem Generalsekretär, Kollegen Sassenbach, sich auf kurze Bemerkungen zu beschränken. Die Zusammenarbeit mit den Landeszentralen und Berufssekretariaten sei gut gewesen. Eine kurze Aussprache folgte,

Weiterer Aufstieg und neue Erfolge des Verbandes

II.

Die Finanzen des Verbandes sind gut, der Verbandskassierer kann darüber mit Genugtuung berichten. Trotz der ungünstigen Wirtschaftslage und der trüben Zeiten, die uns das vergangene Jahr brachte, und die sich, das sei vorweg genommen, auch in diesem Jahr nicht bessern wollen, ist das finanzielle Rüstzeug des Verbandes weiter gestärkt worden. Im ersten Teil des Geschäftsberichts sagt der Verbandsvorstand, die Ausgaben hätten große Lücken in die Verbandsfinanzen gerissen, aber eine Schwächung sei nicht eingetreten. Das ist sehr zurückhaltend gesprochen. Wer sich die Zahlen des Kassierers ansieht, wird sofort erkennen, daß nicht nur keine Schwächung eingetreten ist, wir sogar eine kräftige Stärkung des Verbandsvermögens feststellen können.

Einnahmen und Ausgaben sind gegen das Vorjahr gestiegen, die Ausgaben weit mehr als die Einnahmen. Bei diesen beträgt die Steigerung 5,3 Proz., bei den Ausgaben 16,2 Proz. Die Aufwendungen für Arbeitslosigkeit und Krankheit drücken sich in diesen Verhältniszahlen aus. Die Anzahl der Beiträge ist erheblich zurückgegangen, denn Arbeitslose und Kranke zahlen keine Beiträge, die Beitragssumme dagegen gestiegen, eine Folge der höheren Leistung der Mitglieder durch besseren Verdienst. Es ist bezeichnend, daß 33 976 Beiträge bei derselben Mitgliederzahl wie im Vorjahr weniger eingegangen und trotzdem rund 69 000 M. an Beiträgen mehr eingekommen sind, der durchschnittliche Wochenbeitrag ist von 85,4 Pf. auf 90,8 Pf. gestiegen. Insgesamt betragen die Einnahmen 1 823 605,46 M. — aus Beiträgen allein 1 622 603,90 M. — und die Ausgaben 1 159 733,93 M., mithin eine Mehreinnahme von 663 871,53 M. Die große Mehrheit der Mitglieder, genau 69,3 Proz., steuere in die Beitragsklassen für 70, 90, 100 und 130 Pf.

Die Ausgaben lassen erkennen, wieviel Not der Verband mildern konnte, welche Hilfe den Mitgliedern ihre Organisation gewährt. Schon das Vorjahr stellte die höchsten Anforderungen an die Verbandskasse, war doch die Arbeitslosigkeit 1928 keineswegs gering. Das Berichtsjahr hat in der Hinsicht die schlechtesten Erwartungen übertroffen. Sind doch die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung um nicht weniger als 68,2 Proz. gestiegen (die falsche Zahl im Bericht hat der Druckfehlerkeule hineingebracht), im ganzen sind dafür 234 256 M. verausgabt worden, 8310 Mitglieder haben diese Summe erhalten. Aber 18 442 Mitglieder mußten die Krankenunterstützung in Anspruch nehmen, die im Berichtsjahr um 28 Proz. gestiegen ist und rund

190 000 M. ausmacht. Dazu kam noch eine Sonderunterstützung zu Weihnachten in Höhe von 33 000 M., um die Hälfte mehr als im Vorjahr. Natürlich sind mit den genannten Zahlen die Angaben über die Unterstützungsarten nicht erschöpft. Zu den Ausgaben für die Unterstützungen kommen noch Aufwendungen für die Verwaltung, Druckkosten, Agitation, Lohnbewegungen, Beiträge an Körperschaften, Literatur, für die Zeitung u. a. m. Das Verhältnis der Ausgaben zum Wochenbeitrag hat sich nur bei den Unterstützungen wesentlich geändert, ist von 21 auf 30 Proz. gestiegen.

Das Berichtsjahr schloß mit einem Kasienbestand von 3,4 Millionen Mark ab, das Kopfvermögen liegt von 66,78 M. auf 83 M., dabei ist nicht mitgerechnet das Gauvermögen von 123 000 M. und der Bestand in den Ortskassen von 206 000 M.

Der Verbandskassierer kann zum erstenmal über die Invalidenkasse berichten, die mit dem 1. Januar 1929 ihre Tätigkeit aufgenommen hat. 147 Mitglieder, 98 männliche und 49 weibliche, wurden unterstützt mit insgesamt 19 544 M. Die Kasse wies zum ersten Vierteljahr 1930 einen Bestand von 265 000 M. auf.

Wie schon kurz erwähnt, hat sich die Mitgliederzahl trotz ungünstiger Vorbedingungen gehalten, wenn man den kleinen Rückgang von 104 bei den weiblichen Mitgliedern nicht rechnen will. Am Schluß des letzten Quartals wurden 41 007 Mitglieder gezählt, der Jahresdurchschnitt war allerdings höher, nämlich 41 185, und überstieg somit die Mitgliederzahl des Vorjahres. Die Männer stellen, wie bekannt, im Verbandsdie Minorität: 36,4 Proz., die Verhältniszahl für die Kolleginnen ist 63,6 Proz. Nach den Angaben in den Abrechnungen sind 30 816 Mitglieder im Buchdruckgewerbe beschäftigt, 9069 im Steindruck, 667 in Schriftgießereien und 455 in anderen Berufen.

Wir wollen mit den Zahlen aufhören, der Verbandskassierer gibt im Bericht noch genaue Angaben, die recht interessant sind. Viele Mitglieder werden durch unsere kurzen Ausführungen angeregt werden, sich eingehend mit dem Bericht zu befassen, der in allen Gau- und Ortsverwaltungen ausliegt. Ein Urteil darüber aber, wie im Verband gearbeitet wurde, und was er für die Mitglieder geleistet hat, wird schon nach vorstehendem möglich sein. Es kann nicht schlecht ausfallen. Niemand wird den ungezügelt fleißigen Mitarbeitern, die alle zu dem schönen Ergebnis beigetragen haben, die Anerkennung für ihre vielen Mühen versagen können. Das ist ja eben das Gute und darum steht der Verband so fest und gesund, weil alle teilhaben an seinen Erfolgen.

in welcher gewünscht wurde, daß der IGB. seine Bemühungen zwecks Anschluß weiterer Länder fortsetzen soll.

Die Richtlinien für die Wirtschaftspolitik des IGB. wurden von dem Kollegen Eggert (Deutschland) erläutert. Er sprach an Stelle Leipzigs, dessen Referat gedruckt vorlag. Das Wirtschaftsprogramm des IGB. setzt sich aus internationalen Forderungen und solchen für die einzelnen Länder zusammen. Eggert wies eindringlich auf die Zollfreiheit und die Notwendigkeit der Erweiterung des inneren Marktes hin. Der Stockholmer Kongress erhebt vor aller Welt Anspruch auf Mitbestimmung der Gewerkschaften in der Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsführung. Ein historisches Recht der Gewerkschaften als Anwältin der Interessen der Arbeiterklasse.

Das sozialpolitische Programm des IGB. wurde von Mertens (Brüssel) behandelt. Die Forderungen des IGB. bezüglich der Ausgestaltung der Sozialpolitik liegen in einer umfassenden Sozialversicherung, die die Fürsorge bei Krankheit, Invalidität, Unfall, Arbeitslosigkeit, dem Alter usw. erfaßt. Bezüglich der Arbeitszeit stellte Mertens die baldmöglichst

realisierbare Forderung der 44-Stunden-Woche auf. Die 44-Stunden-Woche, überall durchgeführt, würde ein gewaltiger Fortschritt sein.

Aber Brütlung und Frieden sprach Jouhaux (Frankreich). Die Gewerkschaftsbewegung hat seit jeher für den Frieden und gegen den Krieg gearbeitet. Die Brütlung muß von den Gewerkschaften energisch gefordert werden. In diesem Sinne erhebt der IGB. die Forderung: sofortige Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen, internationale Kontrolle der Herstellung und des Handels von Waffen, Munition, usw., Ausbau von obligatorischen Schiedsgerichten und die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Völker.

Bei der Behandlung der Frage: Die Gewerkschaftsbewegung in Ländern ohne Demokratie, legte der Engländer Hicks unter Zustimmung des Kongresses ein leidenschaftliches Bekenntnis zur Demokratie ab. Demokratische Gesetze sind die Grundlage jeder fruchtbringenden Gewerkschaftsarbeit. Diktatur ist Tyrannei, Unterdrückung von oben, Liebedienerei und Sklaverei von unten. Der Kampf für die Demokratie muß geführt werden in engster Zusammen-

arbeit mit den sozialistischen Arbeiterparteien aller Länder.

Zu den vorstehenden Referaten wurden entsprechende Entscheidungen angenommen. Von besonderer Bedeutung ist die Forderung der 44-Stunden-Woche, ohne Unterschied des Geschlechts, der Rasse und der Nationalität. Den Arbeitern aller Länder wird aufgegeben, für diese Forderung, die realisierbar sein dürfte, sich einzusetzen.

Die bisher jutage getretene Einigkeit des Kongresses trat nicht so stark in Erscheinung bei der Behandlung des Punktes Sicherlegung des Sekretariats nach Berlin. Im Auftrage der vorbereitenden Kommission berichtete Grafmann, Deutschland. Es waren hauptsächlich zwei Auffassungen, die es zu klären galt: Eine Gruppe von Ländern und Delegierten wünschte die Aufrechterhaltung des heutigen Zustandes. Die übrigen traten für die Sicherlegung nach einem Lande ein, wo eine starke Arbeiterbewegung vorhanden ist und die weltwirtschaftlichen Umwälzungen ihren prägnantesten Ausdruck finden. Es wurde in einer Ausprache im Plenum das Für und Wider lebhaft erörtert. Bei der Abstimmung wurde eine Sicherlegung des Sekretariats nach Berlin mit 55 gegen 30 Stimmen beschlossen. Die deutschen Stimmen ausgenommen hatte sich eine Mehrheit von 11 Stimmen für Berlin entschieden. Für die Verlegung stimmten etwa folgende Länder: England, Dänemark, Österreich, Schweiz, Ungarn und Deutschland. Dagegen: Belgien, Frankreich, Holland, Spanien, Luxemburg und ein Teil der Tschechoslowakei. Nach der Mitgliederzahl hatten die Vertreter von etwa 10 Millionen für Berlin gestimmt. Für Beibehaltung von Amsterdam hatten sich die Vertreter von rund 2,5 Millionen Mitglieder entschieden. Diese heikle Angelegenheit hatte damit ihre Erledigung gefunden. Im Namen der deutschen Delegation dankte Grafmann für das der deutschen Gewerkschaftsbewegung entgegengebrachte Vertrauen. Die deutschen Gewerkschaften nehmen eine große Verantwortung auf sich. Die Neubesezung des Postens eines Generalsekretärs wurde notwendig insofern der Sicherlegung und weil der Kollege Sassenbach sein Amt niederzulegen wünscht. Auch hierüber ist in der betr. Kommission des öfteren verhandelt worden. Sie ist und mit ihr auch der Kongress zu dem Entschluß gekommen, den Kollegen Sassenbach zu bitten, nach einige Monate auf seinem Posten auszuharren. Die Landeszentralen sollen sich inzwischen mit dem Vorstand des GGB nach einem geeigneten Gewerkschaftsmitglied umsehen und Vorschläge machen. Das Unglück im Bergbaurevier Waldenburg veranlaßte das Büro des Kongresses, an den Vorstand des deutschen Bergarbeiterverbandes ein Beileidstelegramm zu übersenden.

Am Schluß des Kongresses wurden noch eine Reihe Resolutionen angenommen. Eine solche, von den Holländern gestellt, die auf die große Arbeitslosigkeit hinweist und ausreichende Unterstützung fordert. Eine andere wendet sich gegen den falschißigen Vorstoß in Finnland. Nachdem die einstimmige Wiederwahl des Vorstandes des GGB erfolgt war, nahm der Kongress das begeisterte Schlußwort des Vorsitzenden Toubau entgegen. Unter dem Gesang der „Internationale“, in allen Sprachen klingend, wurde der Kongress geschlossen.

In den Fesseln der sozialen Reaktion

Zu keiner Zeit waren die Kräfte im deutschen Unternehmerlager so straff zusammengezogen und in blindem Gehorham einer zentralen Oberleitung untergeordnet wie in der Gegenwart. Jede selbständige soziale Richtung einzelner Unternehmergruppen ist erloschen. Früher gehörte es nicht zu den Seltenheiten, daß die eine oder andere Unternehmergruppe ihr Verhältnis zu den Arbeitern und ihren Verbänden freiwillig sozialer gestaltete, als dies von der Gesamtheit der Unternehmerverbände gewünscht oder gebilligt wurde. Und häufig genug entstanden daraus ernsthafte Gegenätze zwischen den zentralen Organen der Unternehmerverbände einerseits und einzelnen Unternehmergruppen andererseits, die sich in den Rahmen einer von ihnen abgeleiteten sozialen Scharfmacherei nicht einfügen wollten.

In der Gegenwart ist jede Disziplinwidrigkeit im organisierten Unternehmerlager völlig ausgeschlossen. Es bedarf nur eines Befehles der Spitzenvereinigung des deutschen Unternehmertums, um die gesamte Unternehmervorfront zu einer ganz bestimmten, einheitlichen Haltung gegenüber den sozialen Fragen der Zeit und des Tages zu veranlassen. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Zentralisation der Kräfte zu einer ungeheuren Machtanhäufung führen muß.

Wo alles stramm steht, können unsere Freunde aus dem gewerblichen Unternehmerlager nicht in schlappschwänziger „Rührt = Euch“ = Stellung verharren. Im Gegenteil. Wir können uns sehr gut vorstellen, daß den geschäftsmäßigen Verwaltern privatkapitalistischer Interessen angeichts des Eifers und der Sorgfalt, die der

Gemeine: Deutscher Buchdrucker-Verein bei der Ausführung ihm übertragener Befehle aufwendet, das Herz im Leibe laßt. Fürwahr: wir haben es leider nicht nötig, bei unserer Suche nach einer sozialreaktionären Unternehmervereinigung die Grenzen unseres Gewerbes zu verlassen. Wie der Zentrumsabgeordnete Schlat das „reaktionärste Kabinett der Nachkriegszeit“ in dem Kabinett seines Fraktionskollegen Brüning erkannt hat, so haben wir das zweifelhafteste Vergnügen, in Betrieben zu arbeiten, deren Besitzer einer hervorragend arbeitserfeindlichen Vereinigung angehören.

Im Dezember 1929 schrieb Fritz Tarnow, der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, in der Gewerkschaftszeitung:

„Man kann der Unternehmerbewegung nicht die Anerkennung versagen, daß sie sich bei der Bearbeitung der öffentlichen Meinung ausgezeichnet auf die Taktik versteht, jeweils immer auf einen Punkt alle verfügbaren Kräfte zu konzentrieren. Einmal ist es der Achtstundentag, ein andermal das Schlichtungswesen und der Tarifzwang; dann sind es die Soziallasten im allgemeinen und die Arbeitslosenversicherung im besonderen. Zur Abwechslung wird auch mal die Gefahr der öffentlichen Wirkkraft in den Vordergrund gerückt oder die gewerkschaftliche Lohnpolitik usw. Der Reihe nach treten dann jedesmal die zentralen Spitzenverbände des Unternehmertums mit Rundgebungen und Denkschriften an die Öffentlichkeit, auf allen Tagungen und in allen Fachblättern der Unternehmer steht das gerade gemangelte Thema im Mittelpunkt, fingerfertige Literaten verarbeiten es mundgerecht in der Tagespresse, und der harmlose Bürger, der die Regie nicht sieht, kann gar nicht mehr daran zweifeln, daß eine Frage, die ihm so von allen Seiten ins Gesicht springt, in der Tat das Problem aller Probleme sein muß und daß eine schleunige Abhilfe unbedingt zu erfolgen habe.“

Bedor und nachdem der Genosse Tarnow diese Worte schrieb, sind ungezählte soziale Einrichtungen und Bestrebungen der Arbeiterchaft von den Unternehmern bekämpft und angegriffen worden. Schlichtungswesen, Arbeitszeitgesetz, Arbeitsgerichtsweisen, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Berufsausbildungsgesetz, gewerkschaftliche Lohnpolitik; es ist unmöglich, ein vollständiges Verzeichnis der sozialen Objekte anzufertigen, die von den Unternehmern aufs äußerste bekämpft wurden und werden. Hier muß festgestellt werden, daß die gewerblichen Unternehmer diese Bekämpfung in jedem Stadium mitgemacht und oftmals über das übliche Maß hinaus unterstützt haben. Vergeltlich haben wir uns hier und wieder in der tüchtigsten Hoffnung gewiegt, unsere reicheren „Kollegen“ würden einmal, nur ein einziges Mal, in ihrem geschäftigen Eifer erlahmen. Wir haben ihre Treue zur angestammten Herrschergarnitur gewaltig unterschätzt. Befehl ist Befehl! Jede Ausgabe des gewerblichen Unternehmerorgans von den verheerenden Spuren einer oftmals geradezu unästhetischen Hagphölse gegen die soziale Durchbringung des gesellschaftlichen Zusammenlebens gekennzeichnet. Jede Rede der unternehmerseitigen Vorstände, Generalsekretäre und Geschäftsführer erbrachte neue Beweise für das einwandfreie Funktionieren der Kanalisation, die zur Weiterleitung und Verteilung der antisozialen Abwässer bestimmt ist. Blindes Gehorham und gewisse Verfälschererscheinungen auf dem Gebiete der Intelligenz stehen häufig genug zueinander in verwandtschaftlichen Beziehungen. Möglich, daß uns ansonsten die unheimlich ausbauende, stereotype Nachbetung aller anderswo erachteten „Argumente“ gegen alles, was mit fortschrittlicher Sozialpolitik zusammenhängt, zu einer schwachen Regung der Anerkennung genötigt hätte.

Es ist schade: Die Auswirkungen dieser antisozialen Propaganda sind zu ernst, als daß wir mit einem nachsichtigen Lächeln darüber zur Tagesordnung gehen könnten. Unglücklicherweise sind die Unternehmer, die in der allgemeinen Sozialpolitik getreue Soldaten der Reaktion sind, mit unseren Tarifvertragsfontantrahenten identisch. Und ebenjowenig, wie man von einem Tiger verlangen kann, daß er hier Fleisch und dort Sellerienollen frisst, kann man von der gewerblichen Unternehmervereinigung verlangen, daß sie in der allgemeinen Sozialpolitik wild, in der gewerblichen Tarifpolitik jedoch zahm ist. Zudem würde die vorgesehene Behörde für eine derartige Unlogik auch keinerlei Verständnis aufbringen. Treffen wir also die nüchternere Feststellung, daß das gewerbliche Unternehmertum wie in der allgemeinen Sozialpolitik, so auch in der gewerblichen Tarifpolitik wild, das heißt reaktionär geworden ist.

Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit haben die gewerblichen Unternehmer im letzten Jahre einen großzügigen Lohnabbau im Gewerbe verlangt. Zwar im Verlangen haben wir bei unseren Freunden von drüben allzuviel Bekanntheit niemals angehoffen, und gottlos kann man mit uns nicht Diktatur spielen. Wer aber genügend beobachtet hat, wie sich tarifpolitische Grundzüge allmählich entwickeln, kann

nicht daran zweifeln, daß die gewerblichen Unternehmer eines Tages allen Ernstes von uns verlangen werden, was sie bisher im Bewußtsein seiner Unmöglichkeit als taktischen Gründen nur schief in dem Ernst gefordert haben. Dann kann für uns vielleicht die Parole „Lohnabbau“ dieselbe Bedeutung bekommen, die sie heute bereits für die nordwestdeutschen Metallarbeiter bekommen hat. Bis dahin hat es gute Weile. Heute aber schon ist mit Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß jeder weiteren Lohnforderung unsererseits der schärfste und hartnäckigste Widerstand der Unternehmer entgegengekehrt wird; ein Widerstand, wie wir ihn in der Nachkriegszeit nicht kennengelernt haben. Darüber zu schwärmen, hat keinen Sinn. Es ist eine Tatsache: Die Tarifpolitik der anderen Seite ist nicht mehr Selbstverwaltungsangelegenheit einzelner Unternehmerverbände. Unter dem Einfluß einer zentralen Oberleitung sind im Unternehmerrlager an die Stelle von tarifpolitischen Grundzügen, die sich nach den Möglichkeiten einzelner Gewerbe und Industrien richten, starre, unbiegbare Prinzipien getreten. Die Frage lautet nicht mehr: Was kann das Gewerbe tragen? Was ist der gewerbliche Friede wert? Jede Frage ist überflüssig geworden; das Prinzip lautet: Nichts! Nichts! Nichts!

Untrüglige Anzeichen dafür waren bereits im Verkauf der diesjährigen Tarifverhandlungen erkennbar. Vor allem auf dem Gebiete der Arbeitszeitfrage traten diese Anzeichen so deutlich in Erscheinung, daß der „Korrespondent“ am 12. März schreiben mußte:

„In den Kommissionen und in der Schlichterkammer wurden die beiderseitigen Argumente noch intensiver und vielseitiger durchgesehen, ohne jedoch ein anderes Resultat zu ergeben, als daß neben dem „Nichtkönnen“ auf Prinzipialsache nach und nach das „Nichtwollen“ immer schärfer hervortrat. Dieses Nichtwollen war nach unserer Ansicht wesentlich stärker als das Nichtkönnen, weil es grundsätzlichen und nicht nur wirtschaftlichen Charakter hatte.“ (Sperrung vom Verfasser.)

Inzwischen haben die gewerblichen Unternehmer genug geschrieben und geredet, um daraus mit Sicherheit schließen zu lassen, daß derselbe grundsätzliche Widerstand, der bei den Tarifverhandlungen eine großartige Lösung der gewerblichen Arbeitslosenfrage scheitern ließ, zukünftig auch in anderen Fragen, vor allem in der unternehmerseitigen Lohnpolitik wiederkehren wird. Daß dadurch die sozialen Auseinandersetzungen im Gewerbe künftighin die Form erbitterten Kampfes annehmen werden, ist nicht zweifelhaft. Die Unternehmer mögen sich entscheiden, ob sie in den Fesseln der sozialen Reaktion vernichtende Kämpfe entfehlen oder als selbständige Vertragspartner mit der gewerblichen Arbeiterchaft die Wege beschreiten wollen, die zur Verständigung darüber führen, „was für die beiderseitigen Beziehungen und Leistungen im Deutschen Reich allgemein als gerecht und billig festzustellen ist“.

Für uns gilt nicht das Diktat der Herren von Eisen, Kohle und Chemie. D.

Zu neuen Produktionsmethoden

Auf der Tagung des Verbandes Deutscher Diplomkaufleute sprach der bekannte Professor Julius Hirsch über Wirtschaftslehre und Wirtschaftspraxis. Redner legte dar, daß die neueste Wirtschaftsentwicklung zwangsläufig zu einer immer engeren Verbindung von Wirtschaftspraxis und dem Wirtschaftsdanken führt. Die Tatsache, daß für den Betrieb als Ganzes oft die günstigste Größe schon erreicht ist, für einen Teil der Aufgaben des Betriebes aber nicht, hat zu der Großunternehmung, der Überwindung des Betriebes durch die Unternehmung geführt. Das Zusammenwirken der Wirtschaftswissenschaft und der Betriebswirtschaft muß nach Meinung von Professor Hirsch seigerndermaßen erfolgen: 1. Der Erfahrungsaustausch zwischen den Unternehmungen steigert außerordentlich den wirtschaftlichen Fortschritt. Die Zurückstellung des Betriebsgeheimnisses sichert die Vielseitigkeit der Erfahrungen. Sie führt vom Meinen zum Wissen, vom Unterworfenen unter das wirtschaftliche Naturgeschehen zur bewußtlenenden Wirtschaftstechnik. So arbeitet die Wirtschaftswissenschaft neuerdings durch den Betriebsvergleich immer mehr allgemeine Kennzeichen heraus, deren Gleichartigkeit in den gleichgerichteten Betrieben oft hochgradig überraschend gewesen ist. 2. Weit bessere Beobachtung der Märkte als gegenwärtig ist eine internationale Aufgabe. Nur durch sie könnte man die gefährlichen Konjunkturstöße, wie wir eben jetzt einen erleben, zu mildern hoffen. 3. Zu allem ist die Nachprüfung der Bildungsmethoden und der Arbeitsziele in der modernen Wirtschaftswissenschaft dringlich erforderlich. — Es ist durchaus zu begrüßen, wenn die Arbeitsweise der kapitalistischen Wirtschaft unter die Lupe genommen wird. Nach unserer Ansicht würde im Produktionsprozeß noch so viel zu sparen sein, daß es nicht notwendig wäre, die Löhne zu senken, im Gegenteil: eine Reallohnsteigerung möglich wäre.

